

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1428
des Abgeordneten Steffen Kubitzki (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/3932

Beseitigung der Rohstoffknappheit durch Verwertung gesunder Fichten in Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Die „Deutsche Handwerk Zeitung“ berichtete am 24. Juni 2021, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier vorschlägt, den drastischen Preisanstiegen und Lieferengpässen beim Bauholz entgegenzuwirken, indem wieder mehr gesunde Fichten in Deutschland gefällt werden. Dafür sollte die derzeit geltende Beschränkung für den Einschlag von Fichtenholz „schnellstmöglich“ rückgängig gemacht werden. Ein weiterer Vorschlag von Herrn Altmaier besteht darin, auf Konventionalstrafen zu verzichten, wenn die Rohstoffknappheit kausal für eine verzögerte Leistung der Handwerker und der Bauindustrie sei. Weiterhin heißt es in seinem Vorschlag, dass zusätzlich zur Verbesserung der Versorgung mit Holz und Holzprodukten aus heimischem Anbau, sie sich bei Holz exportierenden Ländern dafür einsetzen wollen, dass internationale Handelshemmnisse abgebaut werden. Bundesminister Altmaier dringe hierfür auf eine Einigung mit den zuständigen Ressorts noch in dieser Legislaturperiode.

Der wachsenden Holznachfrage aus dem Ausland stand im vergangenen Jahr ein Rekord-einschlag gegenüber. Der Bauboom während der Coronapandemie hat die Nachfrage nach Holz sowohl im Inland als auch im Ausland verstärkt. Im Jahr 2020 wurden laut Destatis 80,4 Millionen Kubikmeter Holz aus den deutschen Wäldern geholt. Im langfristigen Vergleich hat sich die Menge von ausgeführtem Rohholz seit 2015 mehr als verdreifacht.

Frage 1: Laut dem Bericht in der Wirtschaftswoche „Das Holz wird knapp: Kommen jetzt Exportbeschränkungen?“ vom 14. Mai 2021 plädieren die Wirtschaftsminister aus Thüringen und dem Saarland, Wolfgang Tiefensee und Anke Rehlinger, für zeitweilige Exportbeschränkungen als letztes Mittel, um das Problem in den Griff zu bekommen und Engpässe bei Unternehmen zu beheben. Inwiefern zieht die Landesregierung Brandenburg ebenfalls eine Exportbeschränkung in Betracht?

Zu Frage 1: Die Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) hat sich in ihrer Sitzung vom 17./18. Juni 2021 unter TOP 14 mit der Frage der Auswirkungen der steigenden Rohstoffpreise auf die wirtschaftliche Erholung der deutschen Wirtschaft befasst. Brandenburg hat dem einmütig gefassten Beschluss der WMK zugestimmt, in dem unter Nummer 3 ein Bekenntnis zum freiem Handel abgegeben wird. Dort heißt es unter anderem: „Da der überwiegende Teil der von Lieferengpässen und Preissteigerungen betroffenen Rohstoffe und Vorprodukte importiert werden muss, hält die Wirtschaftsministerkonferenz faire und offene Märkte und den Abbau von Handelsbeschränkungen im Sinne des Wirtschaftsstandorts Deutschland für unerlässlich.“

Frage 2: Wie könnte ein vermehrter Fichteneinschlag zum Umbau der Wälder in Brandenburg beitragen?

Zu Frage 2: Die Baumart Fichte spielt forstwirtschaftlich in Brandenburg nur eine untergeordnete Rolle. Ihr Anteil an der Gesamtwaldfläche beträgt nur 17.522 ha (1,7%) (Quelle: Landesweite Waldinventur 2012). Wie im gesamten Bundesgebiet ist die Fichte auch im Land Brandenburg im Laufe der letzten Jahre massiv durch Dürre, Borkenkäfer und Stürme geschädigt worden. Zwischen 2018 und 2020 wurde knapp viermal so viel (durchschnittlich 566.575 m³) eingeschlagen wie im Zeitraum zwischen 2010 und 2017 (durchschnittlich 147.202 m³). Der Schadholzanteil am Gesamtholzeinschlag lag 2018 bis 2020 bei 81 Prozent (Quelle: Statistischer Jahresbericht – Holzeinschlag im Land Brandenburg 2020). Ein vermehrter Fichteneinschlag hat sich demnach bereits ereignet und kann nicht mehr zu einem aktiven Waldumbau beitragen.

Frage 3: Hält die Landesregierung den Verzicht auf Konventionalstrafen für ein geeignetes Mittel zur Beseitigung der Holzknappheit, vor allem in Anbetracht dessen, dass sich dieses Mittel nur auf öffentliche Aufträge beziehen soll?

Zu Frage 3: Der Verzicht auf eine Konventionalstrafe ist nicht als Mittel zur Beseitigung der Holzknappheit zu verstehen. Wenn Rohstoffknappheit die Ursache für Leistungsverzögerungen ist, kann der Verzicht auf eine Konventionalstrafe im Einzelfall dem Schutz der Handwerksbetriebe dienen. Ob von dem Verzicht im Einzelfall Gebrauch gemacht wird, obliegt dem jeweiligen (öffentlichen) Auftraggeber.

Frage 4: Inwiefern hat der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, Vorschläge der Wirtschaftsminister der Länder aufgegriffen und welche hat er abgelehnt?

Zu Frage 4: In Gesprächen der Wirtschaftsminister der Länder mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, die im Juni 2021 geführt wurden, bestand große Einmütigkeit über die Problemdimensionen. Die Wirtschaftsminister der Länder begrüßten die Bereitschaft des BMWi, anschließend mit den Fachverbänden denkbare Lösungsoptionen zu besprechen. Über die Ergebnisse dieser Gespräche hat das BMWi anschließend die Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) informiert. Der entsprechende Bericht des BMWi wurde von der WMK zustimmend zur Kenntnis genommen.

Frage 5: Ist der Landesregierung bekannt, welche Experten der Bundeswirtschaftsminister für seine Vorschläge herangezogen hat?

Zu Frage 5: Über etwaige, durch das Bundeswirtschaftsministerium hinzugezogene, Experten sind der Landesregierung keine Informationen bekannt.

Frage 6: Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, den Landesbetrieb Forst Brandenburg dazu aufzufordern, die holzverarbeitende Industrie und das Handwerk in der jetzigen Holz-Rohstoffkrise dergestalt zu unterstützen, dass der Grundrohstoff Holz zu durchschnittlichen Marktpreisen des vierten Quartals 2020 bevorzugt an die holzverarbeitenden Betriebe in unserem Bundesland in der Menge geliefert wird, die von diesen im Vorjahr verbraucht worden sind?

Zu Frage 6: Nein. Der Landesbetrieb Forst Brandenburg (LFB) ist gehalten, wie alle anderen Marktteilnehmer auch, sich bei seiner Preisgestaltung an Angebot und Nachfrage zu orientieren. Darüber hinaus ist dem LFB auch nicht bekannt, welche Holzmengen und von wem die holzverarbeitenden Betriebe erhalten haben. Die Landesregierung sieht deshalb keine Möglichkeit der Einflussnahme.